

Edit Németh/ Rainer Girndt

Corona macht es einfacher- Arbeitnehmerfeindliche Eingriffe ins ungarische Arbeitsrecht

Die Covid-19-Pandemie-Krise wurde in allen EU-Mitgliedsstaaten – ausgenommen vielleicht Schweden – zur >Stunde der nationalen Exekutiven<: *„Die Überführung ganzer Ökonomien in künstliches Koma ist historisch einzigartig. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kollateralschäden sind noch nicht abzusehen. Und das Ausmaß steigender häuslicher Gewalt gegen Frauen, Kinder und Pflegebedürftige ist nur zu erahnen.“*¹

So unterschiedlich die zur Bekämpfung des pandemisch bedrohlichen Virus je nach dem Grad der Gefährdung durch die von den Regierungen eingeleiteten Maßnahmen in den einzelnen Ländern bislang auch gewesen sind, ist ihnen doch eines gemeinsam: nahezu in allen Gesellschaften wurde im Eiltempo massiv und einschränkend in die durch die jeweiligen Verfassungen garantierten Grundrechte der Bevölkerungen eingegriffen - ein demokratiepolitisches Problem. *„Weichenstellungen für die Zukunft müssen Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und legitimierter Entscheidungen sein. Nur so können dauerhafte Schäden an Demokratie und Rechtsstaat vermieden werden. Und nur so kann verhindert werden, dass sich die romantische Sehnsucht nach den Vorkrisenzuständen, die allenthalben anzutreffen ist, als Leitbild durchsetzt. Denn das wäre der Weg in die Sackgasse.“*²

In besonderem Maße trifft das für Ungarn zu, wo die seit 2010 regierende nationalpopulistische Fidesz-Partei unter der Führung des Ministerpräsidenten Viktor Orbán konsequent den Weg zur >illiberalen Demokratie< in deutlicher und nicht selten militanter Abgrenzung zu dem in Europa präferierten liberalen Demokratie-Modell beschreitet. Der Unterschied im aktuellen Krisenmanagement der Corona-Pandemie zwischen der ungarischen und den meisten anderen Regierungen in der EU besteht vielleicht darin, dass letztere sich eher auf die komplexen Herausforderungen der durch die Pandemie entstandenen prekären Lage konzentrieren, während Ungarns Regierungschef nach einem Jahrzehnt seines Regiments - international und bei dem, was vom liberalen Ungarn übriggeblieben ist - längst unter Verdacht steht, den Moment der Pandemie als günstige Gelegenheit zu nutzen, die eigenen Machtstrukturen weiter zu festigen und sogar auszubauen. Und dieser Verdacht wird dazu noch genährt durch den von Justizministerin Judit Varga vorgelegten Entwurf eines **>Ermächtigungsgesetzes<**. Dieser scheiterte zunächst an der im ersten Durchgang erforderlichen Vierfünftelmehrheit des Parlaments. Mehr als symbolischen Charakter hatte die Verzögerung nicht, da die Regierung sicher sein konnte, in der Woche darauf, die dann ausreichende Zweidrittelmehrheit für das >demokratiepolitisch hochproblematische> Gesetz zu bekommen. *„Kurzgefasst: Ungarn*

¹ Hans – Jürgen Urban: Vorwärts aus der Sackgasse (FR- Serie: Die Welt nach Corona-Wie wollen wir morgen leben?, Frankfurter Rundschau, Samstag/ Sonntag 18./19. April 2020/ 76. Jahrgang/Nr.91,S.22f. (Im Weiteren: Urban, FR 91)

² Urban, FR 91, S.22

schlittert in die Diktatur. Per Definition.“ - So ein „Kommentar der Anderen“ in der österreichischen Tageszeitung DER STANDARD.³

Demokratiedefizit in Ungarn schon vor Corona- Krise sehr groß

Eine der wenigen unmissverständlich klaren Ansagen kam wieder einmal von Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn: *„In Ungarn existiert eine diktatorische Regierung.“* Ungarn gehöre daher *„ohne Zeitverlust in eine strikte politische Quarantäne“* und dürfe *„keinen Platz mehr haben am Tisch der europäischen Institutionen.“⁴*

Die Schockstarre der EU- Kommission zu Beginn der Corona- Krise vermittelte den Eindruck eines *„Komplettausfalls der Europäischen Union als Organisator innereuropäischer Solidarität“⁵*. Inzwischen verteilt die EU-Kommission erste Corona-Hilfen, von denen ein besonders hoher Anteil nach Budapest fließen soll. Von den eingesetzten 37 Milliarden Euro sind allein 5,6 Milliarden für Orbán eingeplant. Und das zu einem Zeitpunkt, wo eher klare politische Kritik an dessen *>Ermächtigungsgesetz<* erwartet werden sollte. Kritische Stimmen regen sich fast nur im EU- Parlament: *„Orbán stützt seine Macht fast ausschließlich auf EU-Gelder“*. Abgeordnete fürchten, dass diese Gelder angesichts der aktuellen Notstandsgesetze das Risiko verstärken würden, in den *>Taschen der Kleptokratie<* zu verschwinden, *>Orbáns Vetternwirtschaft<* zu stützen und seine *>autokratischen Machtstrukturen<* zu zementieren.⁶ Daher ist es kein Zufall, dass die Gewerkschaften die Forderung formulierten, einen Teil der EU-Mittel ausschließlich den beteiligten Sozialpartnern zukommen zu lassen. Und ein anderer Kommentar in diesen Tagen kommt zu dem Schluss, dass Orbán die EU und ihre *>kraftlose Politik<* ihm gegenüber vorführe, weil er längst verinnerlicht habe, dass bei jeder seiner missbilligten Maßnahmen nach einer anfänglichen Welle empörten Widerspruchs nach und nach die Stimmen wieder leiser werden. Da die Kommission um Präsidentin Ursula von der Leyen ihre Wahl *>Orbáns Fürsprache<* verdanke, falle es ihr schwer, die *>formaljuristische Argumentation aus Budapest mit klaren politischen Ansagen<* zu beantworten.⁷

Gewohnt ruhig und unaufgeregt reagierte demgegenüber der ungarische Autor und Historiker György Dalos in einem Interview mit dw.com und warnte sogar davor, *>Ungarn vorschnell zur Diktatur zu erklären<*. Ungarn sei zwar noch keine Diktatur, wohl *„aber eine sehr, sehr schlechte Demokratie: Mein Problem ist aber nicht, ob in Ungarn eine klassische Diktatur entsteht oder nicht, sondern ob überhaupt noch eine echte Demokratie im Land möglich ist.“* Auch vor der Pandemie sei das **>Demokratiedefizit<** in Ungarn bereits sehr groß gewesen. Orbán und seine Partei Fidesz brauchten *„keine direkte, offene Diktatur, um die Demokratie noch weiter zu kompromittieren und kaputtzumachen, als das jetzt schon der*

³ Balazs Csekö: Orbáns Staatsstreich von oben- Inmitten der Coronavirus- Krise steht Ungarn vor einer doppelten Krise (Im Weiteren: Balazs Csekö, Standard)

<https://www.derstandard.at/story/2000116213899/orbans-staatsstreich-von-oben>

⁴ www.wort.lu/de/politik/asselborn-in-ungarn-existiert-diktatorische-regierung-5e8424f2d

⁵ Urban, FR 91, S.23

⁶ Tobias Kaiser: Orbán stützt seine Macht fast ausschließlich auf EU-Geld, 20.04.2020,

<https://www.welt.de/politik/ausland/article207336689/Corona-Hilfen-Orban-stuetzt-seine-Macht-fast-ausschliesslich-auf-EU-Geld.html>

⁷ Ulrich Krökel: Orbán führt die EU vor, 22.04.2020, www.fr.de/politik/Orbn-fuehrt-13698473.html

Fall ist.“ Stattdessen fordert er die >liebe Orbán-Regierung< auf, endlich >den kalten Bürgerkrieg zu beenden<⁸.

Für Árpád Schilling, einem der bekanntesten und international erfolgreichsten ungarischen Theaterregisseure wiederum steht fest: „*In Ungarn gibt es keine Demokratie mehr*“ und das nicht erst seit der Pandemie. Doch der >improvisationsfähige< Orbán verstehe diese Gelegenheit zu nutzen und sich – wie schon während der Wirtschaftskrise 2008 und der Flüchtlingskrise ab 2015 - erneut auf den Notstand zu berufen, um seine „*Macht zu zentralisieren und die Gesellschaft zu unterdrücken.*“ Und die Mehrheit von Orbáns Wähler_innen befürworte diese Machtkonzentration in der Hoffnung auf Ordnung und Sicherheit. Im heutigen Ungarn sei der kulturelle Raum im Grunde entpolitisiert – so der Theatermacher. Es gelte als Schande, „*wenn jemand es wagt, zu gesellschaftlichen Themen eine Meinung zu äußern.*“ Árpád Schilling weiß worüber er spricht, musste er doch selbst erfahren, von Orbáns Gefolgschaft als „*potenzieller Vorbereiter staatsfeindlicher Umtriebe*“ diffamiert zu werden.⁹

Tabelle I
Die wichtigsten >demokratiepolitischen Bedenken<
gegenüber dem Ermächtigungsgesetz

<ul style="list-style-type: none"> - Befugnisse für Regierungschef wie in Kriegszeiten; 	<ul style="list-style-type: none"> - Regieren per Verordnung/Dekret;
<ul style="list-style-type: none"> - Aushebelung des Parlaments (aus >Sicherheitsgründen< wegen Ansteckungsgefahr Parlamentssitzungen finden als Kulisse statt; Ersatzlösungen wie Videokonferenzen nicht vorgesehen 	<ul style="list-style-type: none"> - Mögliche Aufschiebung von Wahlen und Referenden;
<p>Sanktionen: Haftstrafen für</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Falschmeldungen“ bis zu 5 Jahren; - Für Verlassen der Quarantäne von bis zu 8 Jahren; - Begriff der >Falschmeldung< bleibt vage, daher offen für Aushebelung der Presse- und Meinungsfreiheit 	<p>Schlüsselrolle für das Militär:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 140 >strategisch wichtige Unternehmen> unter militärische Kontrolle gestellt mit Durchgriffsrechten in kaufmännische und produktive Tätigkeiten; Kriegswirtschaft unter der Leitung des Verteidigungsministers.

Quellen: Der Standard/ PESTER LLOYD/

⁸ Ermächtigungsgesetz in Ungarn: "Liebe Orbán-Regierung, beende den kalten Bürgerkrieg!", DW-Interview mit György Dalos, 30.03.2020, <https://www.dw.com/de/erm%C3%A4chtigungsgesetz-in-ungarn-liebe-orb%C3%A1n-regierung-beende-den-kalten-b%C3%BCrgerkrieg/a-52952965>

⁹ Arpad Schilling: "In Ungarn gibt es keine Demokratie mehr", Die Fragen stellte Wolfgang Huber-Lang/APA, Übersetzung aus dem Ungarischen: Anna Lengyel <https://oe1.orf.at/artikel/670448/Arpad-Schilling-In-Ungarn-gibt-es-keine-Demokratie-mehr> / 04.05.2020

Zusammenarbeit und Kompromiss – in Orbáns System Zeichen von Schwäche

In Orbáns >Ungarischem Modell< erkannte der über Ungarns Grenzen hinaus geschätzte Politologe, Finanzwissenschaftler und Publizist László Lengyel bereits 2011, als der überragende Wahlsieger der >Revolution an den Urnen< mit einer Zweidrittelmehrheit ausgestattet nicht einmal ein Jahr an der Macht war, dass es sich um einen >Teil einer nicht nur europaweiten, sondern auch globalen neonationalistischen, populistischen, antiliberalen und die Modernisierung ablehnenden Welle> handelt. Viktor Orbán beherrsche die **>Hohe Kunst der Nicht-Zusammenarbeit<** - so László Lengyel - und handle nach der Faustregel „Kooperation ist ein Zeichen der Schwäche, Unterredung unter gleichwertigen Partnern ist für ihn eine Niederlage. Entweder geht es um einen Freund und Untertan, dann muss man mit ihm keinen Kompromiss aushandeln oder um einen Feind, dann darf man mit ihm keinen Kompromiss schließen.“¹⁰

Und dieser Maxime seines politischen Handelns treu bleibend verfuhr der autokratische Regierungschef auch bei der Durchsetzung des Ermächtigungsgesetzes. Der ohnehin schwachen Opposition, die durchaus offen für weitgehende Vollmachten der Regierung beim Corona-Krisenmanagement war, so sie denn zeitlich begrenzt und jederzeit kontrolliert würden, gab er wie eh und je von oben herab zu verstehen. „Wir werden die Krise auch ohne Sie meistern.“ Das System Orbán duldet eben keine fordernde und widersprechende Opposition, sondern bestenfalls eine willfährige. In gewisser Weise kam ihm das Scheitern bei dieser Abstimmung, bei der er die geforderte Vierfünftelmehrheit verfehlte, sogar recht gelegen, konnten doch die Kampagnenmacher der Regierung so die Opposition „an die Seite des Virus“ stellen.¹¹

Ungarns autoritärer Regierungschef Viktor Orbán setzte auch knapp drei Wochen nach Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes bei seiner regelmäßigen „Freitagsrede“ im ungarischen Rundfunk immer noch solche >Kriegsmetaphern< ein: „Wir befinden uns mitten in einer militärischen Operation“ oder: „Wir haben die Munition, die in dieser kriegesischen Situation benötigt wird“. Und der Appell an die Bevölkerung passte sich daran an: „Hoffe auf das Beste und bereite Dich auf das Schlimmste vor!“

Schlüsselrolle für das Militär in der Pandemie-Krise

Der für Viktor Orbán so typische militärische Sprachgebrauch, den der Ministerpräsident von Anfang an in der Pandemie-Krise verwendete, stellte allerdings kein ungarisches Spezifikum im Umgang mit dieser bislang einzigartigen globalen Gefahrenlage dar. Auch Trump oder Macron bedienten sich seiner. Orbán setzte ihn ein, um ein Szenario der Bedrohung aufzubauen, dass eine Notstandsgesetzgebung mit Vollmachten für die Regierung, - wie im Falle eines Krieges, - auch für diesen nicht- militärischen Fall einer Pandemie unausweichlich erscheinen lassen musste. Kritiker im Ausland und auch in Ungarn finden, dass das am 30. März verabschiedete Ermächtigungsgesetz weit über das hinausgeht, was in den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten an Ausnahmeregelungen getroffen wurde. Mit ihrem Vorwurf, Orbán verrate die europäischen Ideale, steht daher die Politikwissenschaftlerin Gesine

¹⁰ László Lengyel: Ungarisches Modell? In: EUROPÄISCHE RUNDSCHAU, 2011/1,S.11-18

¹¹ Balazs Csekö, Standard

Schwan keineswegs allein da, die in der „*aktuellen Machtergreifung ...nur ein neues Kapitel in einem langen Prozess, in dem das Land der Demokratie abtrünnig wird*“, sieht. Unbestreitbar seien zwar Orbáns klare Erfolge bei den drei Parlamentswahlen seit 2010, genauso aber auch das Resultat seiner <politischen Reformen: **die ungarische Demokratie geschwächt, der Rechtsstaat unterminiert, Spannungen mit der Europäischen Union**>. „*Die politische Opposition, der gesellschaftliche Dialog, die freie Rede wurden zunehmend zum Schweigen gebracht. Dabei haben verschiedene Universitäten, Kulturorte, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Organisationen unter der Last von Orbáns autoritärer Herrschaft gelitten.*“¹²

Im Krisenmanagement der ungarischen Regierung wird dem Militär eine Schlüsselrolle in den wichtigsten strategischen Unternehmen – nach einer veröffentlichten Auflistung 65 staatliche und 74 private Betriebe – zugewiesen, was de facto ein Szenario von >Kriegswirtschaft unter Oberhoheit des Verteidigungsministers< bedeutet. Betroffen von dieser Maßnahme sind auch die ungarischen Betriebe des Stuttgarter Unternehmens Robert Bosch, die mit rund 15 000 Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber im Lande sind.

Tabelle II:

Robert Bosch – Mit rund 15 000 Beschäftigten Ungarns größter privater industrieller Arbeitgeber

- In Budapest: Bedeutendes Forschungs- und Entwicklungszentrum
- In Ungarn: Europäisches Batterie- Kompetenzzentrum
- Geschäftsführung zum Vorgehen der Regierung: „Die ungarische Regierung betrachtet die größten Arbeitgeber im Land in der aktuellen Situation hinsichtlich Coronavirus als systemrelevant und unterstützt sie wo möglich bei der Fortführung der geschäftlichen Aktivitäten.
- Unklar ist noch, wie sich die „militärische Begleitung“ auf den Geschäftsalltag auswirkt.
- Geister scheiden sich an der Frage, ob die Militäraufsicht die Gefahrenlage entschärft („Wenn das in anderen Ländern nicht praktiziert wird, warum dann in Ungarn?“).
- Die wichtigsten Geldgeber in Ungarn sind deutsche Investoren; nach dem Systemwechsel an der Schaffung einer florierenden Autoindustrie entscheidend beteiligt; günstige Investitionsbedingungen aus Sicht deutscher Investoren: neben **geringen Arbeitskosten gut ausgebildete Arbeitskräfte, schwache Gewerkschaften und großzügig gewährte Subventionen.**

Quelle: FAZ.NET 03.04.2020 Umstrittene Notstandsgesetze/ Ungarn schickt Soldaten zu Bosch

¹² Gesine Schwan: Ungarn verrät die europäischen Ideale/20.04.2020
www.welt.de/debatte/kommentare/article207390127/Vktor-Orbban-Ungarn-verraet-die-europaeischen-Ideale/

Mit ihrem Aufruf in der deutschen Tageszeitung unterstützt die Politikwissenschaftlerin eine Initiative von Mitgliedern von Civico Europa, an der auch das ehemalige Mitglied der EU- Kommission László Andor aus Ungarn beteiligt ist.

Dass „die Entsendung von Militärs in Betriebe ausschließlich der Aufrechterhaltung lebenswichtiger Funktionen“ dienen soll, hält auch der Kommentator der FAZ „angesichts der vielen stichhaltigen Korruptionsvorwürfe gegen Orbáns Umgebung“ für „sehr naiv“¹³.

Schrittweises Vorgehen der Regierung beim Krisenmanagement

Noch bevor sich Orbán an das Ermächtigungsgesetz heranwagte, unternahm er den **Versuch**, die **kommunalen Selbstverwaltungen und vor allem die Bürgermeister_innen um ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu bringen**. Nicht nur Orbán-Kritiker werteten dies als Angriff auf die Rechte und Befugnisse der Oberbürgermeister und Bürgermeister gerade jener Städte im Lande, die bei den letzten Kommunalwahlen an die Opposition gefallen sind, nicht zuletzt in der Metropole Budapest. Diese Schlappe verletzte das autokratische Ego Viktor Orbáns empfindlich. Darüber hinaus liegt es im Wesen des Orbánschen Systems, möglichst alle politischen Entscheidungsprozesse zu zentralisieren und an sich zu ziehen, um den Akteuren anderer Ebenen nicht die Chance zu geben, sich erfolgreich als Problemlöser zu profilieren. Letztlich wurde diese Initiative nach massivem Widerspruch nicht allein aus Orbán-kritischen Kreisen zurückgezogen.

Im Zuge dieses schrittweisen Aufschnürens des Pandemie- Maßnahmenpakets der Regierung waren längere Zeit Überlegungen zu den Rechten von Arbeitnehmer_innen und zum Arbeitsrecht insgesamt kein zumindest öffentlich ausgetragenes Thema. Das änderte sich aber mit der Regierungsverordnung (Kormányrendelet) 47/ 2020 am 11. März 2020.

Tabelle III Regierungsverordnung 47/2020

47/2020 Regierungsverordnung

6. §

(1) Im Interesse in der Regierungsverordnung 40/2020 (III.11) auferlegten Notstandszeitraum vorgesehene Verbote und Beschränkungen über Notstandserklärung zu entsprechen, werden die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches von 2012. Gesetz I (nachstehend "Mt." genannt) die Absätze 2 bis 4 nach anderen Regeln angewandt.

(2) Mt. wird 30 Tage nach dem Ende des Notstands beantragt, dass

a) der Arbeitgeber den Arbeitszeitplan abgesehen vom Mt. 97 geregelten Regelungen modifizieren kann.

b) der Arbeitgeber kann dem Arbeitnehmer einseitig anordnen, von zu Hause aus zu arbeiten und aus der Ferne zu arbeiten,

c) der Arbeitgeber kann die erforderlichen und gerechtfertigten Maßnahmen ergreifen, um die Gesundheit des Arbeitnehmers zu überprüfen.

(3) Andere als die in Absatz (2) vorgesehenen kollektiven vertragsgemäßen Bestimmungen gelten während der Geltungsdauer dieser Verordnung nicht.

¹³ Reinhard Vesper: Mit Viktor Orbán die Diktatur, 24.03.2020

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/coronavirus-in-ungarn-mit-viktor-orban-in-die-diktatur-16693264.html>

(4) Der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber können einvernehmlich von den Bestimmungen des Mt. abweichen.

Konkretisierung des staatlichen Maßnahmenpakets im >Karfreitags-< Verordnungsblatt

Mehrere wichtige Regierungserlasse wurden am 10. April 2020 (Karfreitag) bekannt gegeben. Dabei verdient die Verordnung 47/2020 (III.18) besondere Beachtung, da sie die Sofortmaßnahmen zur Minderung der durch die Coronavirus-Pandemie verursachten Schäden in der ungarischen Volkswirtschaft regelt.

Ein wichtiger und zugleich auch umstrittener Punkt ist hier die neue Bestimmung, nach der Arbeitgeber einseitig einen Arbeitszeitrahmen von maximal 24 Monaten anordnen können. Diese Entscheidung ist in der Hinsicht verständlich und rational, dass die Regierung auf diese Weise die stillgelegten Firmen – vor allem im Produktionsbereich – unterstützen möchte. Zwangstillgelegte Unternehmen zahlen ihren nicht entlassenen Arbeitnehmer_innen weiter den Basislohn für die Ausfallzeit. Die ausgefallenen Arbeitsstunden kann der Arbeitgeber später innerhalb des Arbeitszeitrahmens von den Arbeitnehmer_innen abarbeiten lassen. Ein so weit ausgedehnter Arbeitszeitrahmen, wie er jetzt vorgesehen ist, könnte aber den Arbeitnehmer_innen unerträgliche Lasten aufbürden. Darum ist diese neue Regelung bei Arbeitsrechtlern und Gewerkschaften auch auf deutliche Kritik gestoßen.

Nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen ist es möglich,

- monatlich 1 (!) Ruhetag zu erteilen,
- eine Wochenarbeitszeit von 60 Stunden anzuordnen,
- und das auch ohne Überstundenzahlungen, da statt abzuarbeitender Stunden der Arbeitgeber, wie jetzt, wenn der Betrieb stillsteht, Ruhetage anordnen kann.
- Diese Maßnahme macht die Arbeitnehmer_innen >schollengebunden<, da sie - wie gegenwärtig in der Pandemie-Krise - durch nicht verrichtete Arbeit negative Stunden und damit Schulden aufhäufen. Diese aber sind abzutragen, sobald sie den Arbeitgeber wechseln oder in Rente gehen möchten.

Die ungarische Metallgewerkschaft VASAS wertet diese Verordnung als weitere Steigerung des sogenannten Sklavengesetzes vom Januar 2019, wie es in einer Mitteilung der Gewerkschaft (VASAS Közlemény¹⁴) heißt. Sie bemängelt, dass diese Maßnahme nicht mit den Sozialpartnern abgestimmt sei und ohne Einvernehmen mit der Gewerkschaft unbefristet durchgeführt werden könne.¹⁵

Die Regierung beabsichtigt, zum Schutz bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Jahr 2020 mehr als 1 200 Milliarden Forint bereit zu stellen.

¹⁴ Vasas Közlemény, Vasas Szakszervezeti Szövetség Facebook Seite vom 10.04.2020, <https://www.facebook.com/vasasok/photos/a.253562611644862/1107659566235158/?type=3&theater>

¹⁵ Szép csendben óriási munkügyi módosítást hirdetett ki a kormány, 11.04.2020, https://www.portfolio.hu/gazdasag/20200411/szep-csendben-oriasi-munkaugyi-modositast-hirdetett-ki-a-kormany-425566?fbclid=IwAR3YJu8O_3_tRWw6yzT2d9wlqtiaLUkym8qZixj3SE4B-6antAGOk5EnVcE

Tabelle IV

Weitere Elemente des Aktionsplans der Regierung zum Schutze der ungarischen Wirtschaft sind:

- Eine Subventionierung der Löhne von Ingenieuren und Beschäftigten im Forschungs- & Entwicklungsbereich von 40 Prozent;
- Fortlaufende Sozialversicherung auch während des unbezahlten Urlaubs;
- Übernahme von 90 Prozent der Studiengebühren für IT- Ausbildung durch den Staat, (da die IT- Ausbildung Marktansprüche befriedigt und über Fernstudien leicht zu realisieren ist);
- Anspruch auf diesen Kredit für Studierende haben auch Teilnehmende an Angeboten der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (Studierendenkredit für Erwachsenenbildung);
- Der Tourismus als der von der Pandemie- Krise am härtesten getroffene Wirtschaftszweig erhält 600 Milliarden Forint, also fast die Hälfte des Stützungs pakets der Regierung. Zusätzlich entfällt bis zum 31. Dezember 2020 die Zahlung der Aufenthaltssteuer.
- In Schwierigkeiten geratene Firmen erhalten einen Zinszuschuss. Dafür hat die Regierung ein Volumen von 2 000 Milliarden Forint angesetzt. Beantragen können diese Unterstützung nicht nur Klein – und Mittelbetriebe (KMU), sondern auch Großunternehmen. Weiter wird es noch ein staatliches Garantieprogramm in Höhe von 500 Milliarden Forint geben.
- 75 000 Studierende erhalten ihr Diplom auch ohne Fremdsprachenprüfung (schnellerer und leichter Zugang zu Arbeitsplätzen).

Fast zeitgleich titelt am 29. April 2020 hvg.hu – HVG ist ein Akronym für das liberale Magazin *Heti Világgazdaság* (Wöchentliche Weltwirtschaft) -, dass von den vier Visegrád-Staaten - außer Ungarn noch Polen, Slowakei und Tschechien – Ungarn den Arbeitnehmer_innen von in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen die geringste Unterstützung gebe. Zwar sei Ungarn unter den Ersten gewesen, die ein Kreditmoratorium ankündigten, aber im Vergleich zu den meisten Ländern seien dann weitere Maßnahmen mit erheblicher Verspätung und außer der Kurzarbeit kein anderes Hilfsprogramm erfolgt, z. B. für jene, die entlassen oder ohne Bezahlung in Urlaub geschickt worden sind oder als individuelle Unternehmer eine beträchtliche Einbuße ihrer Einkünfte erlitten haben.¹⁶

In einem lesenswerten Interview mit hirklikk.hu (29. April 2020) nennt auch der ehemalige Sozialminister László Herczog Orbáns Versprechen, jeden in der Pandemie-Krise verlorenen Arbeitsplatz ersetzen zu wollen, einen >kühnen Gedanken<, allein schon deshalb, „weil wir vom Ministerpräsidenten keine Antwort darauf bekommen haben, nach welchem System das erreicht werden soll“. Schließlich sei doch die Arbeitslosigkeit ein >natürliches Kennzeichen jeder Marktwirtschaft<. Vor die schwierige Entscheidung gestellt, zwischen massenhafter Infektion und Massenarbeitslosigkeit zu wählen, scheint der Ex-Minister den Eindruck gewonnen zu haben, dass die ungarische Regierung eher der Pandemie freien Lauf lasse. Er

¹⁶ V4-ek: Magyarország adja a legkevesebb támogatást a bajba került cégek dolgozóinak, 29.04.2020, https://hvg.hu/gazdasag/20200429_Magyarorszag_adja_a_legkevesebb_tamogatast_a_bajba_kerult_cegek_dolgozoinak

dagegen hält Umschulung für das >Schlüsselement der Beschäftigungspolitik<, wobei er einräumt, dass diese in der gegenwärtigen >unorthodoxen Lage< nicht der am >einfachsten gehbare Weg< sei. Jetzt komme es darauf an, die Arbeitnehmer_innen zu einem Einkommen gelangen zu lassen, dass sie vor Hunger bewahre. Das sei von zahlreichen Ländern der Welt erkannt worden, aber Ungarn schlage diesen Kurs nicht ein. Richtig wäre es, in den Bereichen, die auch in naher Zukunft nicht >arbeitsfähig< sein dürften, wie der Tourismus, und sogar endgültige Betriebsschließungen von Büros und Unternehmen zu erwarten hätten, die Umschulung als einen logischen Schritt anzuerkennen. Schwierig genug sei dann immer noch die Frage, auf was es sich lohne, diese Umschulung auszurichten¹⁷.

Der deutsche Begriff „Kurzarbeit“ indes hat im Zuge der Pandemie- Krisenbewältigung Eingang in das ungarische Arbeitsrecht gefunden.

Tabelle V:

Die wichtigsten Neuerungen zur ungarischen Kurzarbeit-Regelung (im ungarischen Original: „a magyar kurzarbeit-rendelet“) auf der Basis der im Magyar Közlöny ¹⁸ (21. April 2020) veröffentlichten Modifizierung ¹⁹
<ul style="list-style-type: none"> • Anspruch auf Unterstützung nunmehr bei einer Arbeitszeitverringerung zwischen 15 und 75 Prozent, bisher: bei einem Arbeitszeitausfall zwischen 30 und 50 Prozent.
<ul style="list-style-type: none"> • Die Verpflichtung zur Beschäftigungssicherung nur für an dem Programm teilnehmenden Arbeitnehmer_innen
<ul style="list-style-type: none"> • Der Umfang der Unterstützung: 70 Prozent des proportionalen Anteils des Grundlohnes in der ausfallenden Arbeitszeit
<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung des Begriffs der Abwesenheitsprämie in den des Grundlohns. Dadurch entfällt die bisherige Einberechnung von anderen Leistungen und mindert den Lohn. Für den Arbeitgeber: geringere Lohnkosten.
<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Unterstützung muss der Arbeitslohn insgesamt während der Laufzeit der Förderung den ursprünglichen Grundlohn erreichen. Neuregelung: Ausgleich des Arbeitslohns auf die ursprüngliche volle Lohnsumme nur dann, wenn der Arbeitszeitausfall über 50 Prozent liegt.
<ul style="list-style-type: none"> • Nicht mit allen Arbeitnehmer_innen muss eine Vereinbarung über die Modifizierung des Arbeitsvertrages getroffen werden. Dies geschieht automatisch mit der akzeptierten Entscheidung der Arbeitsbehörde.
<ul style="list-style-type: none"> • Im Falle von Heimarbeit oder Arbeitstätigkeit von zu Hause besteht ebenfalls Anspruch auf Lohnunterstützung.
<ul style="list-style-type: none"> • Leiharbeitsfirmen sind ebenfalls in das neue Unterstützungsprogramm einbezogen.
<ul style="list-style-type: none"> • Und das gilt auch für Beschäftigte im Arbeitszeitrahmen.

Mit der Regierungsverordnung vom 21. April 2020 soll nicht nur das Antragsverfahren für das staatliche Aktionsprogramm zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Corona-Krise in mehreren Punkten vereinfacht, sondern auch der Anteil der Unternehmer an den

¹⁷ Németh Péter, Szabadjára engedik a járványt, 29.04.2020, <https://hirklikk.hu/kozelet/szabadjara-engedik-a-jarvany/363053>

¹⁸ Ungarisches Verordnungsblatt oder Ungarischer Staatsanzeiger

¹⁹ Magyar Közlöny 2020. évi 82. szám, 21.04.2020,

<https://magyarkozlony.hu/dokumentumok/c7c34e5eb3b10a739d2ff56fa10d1e6f8942bb8c/megtekintes>

Lohnkosten vermindert werden. In einer Sendung des Klubradio am 24. April 2020 erklärte Tamás Székely, Vizevorsitzender des Ungarischen Gewerkschaftsbundes (MASZSZ) und Vorsitzender der Chemiegewerkschaft VDSZ, dass weder die Ausweitung von Arbeitszeiten noch das schwierige Verfahren, staatliche Unterstützung zu bekommen, die Lösung seien, vielmehr müsse eine wirksame Lösung unter Beachtung internationaler Beispiele gefunden werden, die den Arbeitnehmer_innen die staatliche Unterstützung unmittelbar zukommen lasse. Aus dem Organisationsbereich seiner Branchengewerkschaft wusste der Vorsitzende von ersten Arbeitslosen sogar bei Multinationalen Unternehmen zu berichten. So bei Continental und Hankook, wo jeweils mehrere Hundert Mitarbeiter_innen weggeschickt worden seien. Gerade in solchen Krisenlagen wie jetzt, so Tamás Székely, brauche man mehr Mitbestimmung in den Unternehmen, die von größeren Arbeitsplatzverlusten bedroht seien. Schließlich kann in Ungarn jemand, der seinen Arbeitsplatz verliert, nach geltendem Recht nur für die Dauer von 90 Tagen eine Unterstützung beanspruchen. So kurzfristig ist die Anspruchsberechtigung in keinem anderen EU- Mitgliedsland festgelegt.

Beispiele >sozialpartnerschaftlichen Krisenmanagements>

Doch zu erwähnen sind auch Beispiele, bei denen es auf der Unternehmensebene der Leitung gemeinsam mit den Gewerkschaften gelungen zu sein scheint, Vereinbarungen zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen und Löhnen zu treffen. Das war bei Mercedes-Benz Manufacturing Hungary Kft. in Kecskemét der Fall, wo die beiden Gewerkschaften VASAS (METALL/MASZSZ) und MTSZSZ (Freie Gewerkschaft der Ingenieure und Techniker/LIGA) ein solches Abkommen erreichten.²⁰ Und am 24. April 2020 ist das auch der AHFSZ (Unabhängigen Audi Hungaria Gewerkschaft) im Audi-Werk in Győr gelungen²¹.

Nach dem Stand der Information²² am 27. April 2020 enthält (voraussichtlich) das Abkommen zwischen dem Management und der Betriebsgewerkschaft AHFSZ bei AUDI HUNGARIA in Győr u. a. folgende Komponenten:

Tabelle VI:

Mögliche Komponenten des Abkommens bei AUDI HUNGARIA in Győr zwischen Management und Betriebsgewerkschaft AHFSZ

1. Veränderung der bereits früher getroffenen Vereinbarung einer einmaligen Zahlung von 130 000 Forint Ende Juni /Anfang Juli 2020; stattdessen jetzt: **fünf zusätzliche Urlaubstage.**
2. **Statt des** bisherigen **13. Monatsgehalts 17 bezahlte Urlaubstage bis Jahresende**
3. Bis zum Jahresende **nicht in Anspruch genommene zusätzliche Urlaubstage mit dem Januarlohn 2021 abgerechnet.**
4. Management **offen für eine Standzeit von vier Tagen**, an denen bei Fortzahlung der Löhne (Grundlohn + Zulagen, insgesamt 13 Prozent mehr als Grundlohn) nicht

²⁰ Hraskó István: Minden dolgozó alapbére megmaradt a Mercedes-gyárban, 22.04.2020, <https://www.baon.hu/gazdasag/helyi-gazdasag/minden-dolgozo-alapbere-megmaradt-a-mercedes-gyarban-2624385/>

²¹ https://adozona.hu/munkajog/Az_Audi_Hungaria_megallapodott_a_szakszerve_5DGMI#rss

²² Anonymer Hörbeleg (Inzwischen auch bestätigt durch AHFSZ Hírek - dem Info- Blatt für die Mitglieder der Betriebsgewerkschaft -, vom 26. Mai 2020)

gearbeitet wird.

5. **Kurzarbeitsregelung der Regierung scheint für AUDI keine Option** zu sein: Zu bürokratisch und kompliziert wegen der vorgeschriebenen Modifizierung des Arbeitsvertrages jedes Antragsstellenden (bei Audi: ca. 7 000).

Bei Audi in Győr wurden während der Pandemie-Krise nur zwischen 150 bis 200 Leiharbeitskräfte entlassen, außerdem ist wohl vorgesehen, alle auslaufenden befristeten Arbeitsverträge nicht zu verlängern. Inzwischen ist in der 17. Kalenderwoche im Einschichtbetrieb der zwei Motorenwerke die Produktion wieder angelaufen. Ab 27. April folgte auch die Montage von Autos – ebenfalls mit einer Schicht.

Der schon ritualisierte Ruf nach echtem sozialem Dialog und mehr Mitbestimmung, wie gerade von Tamás Székely, indes dürfte wohl auch in der Pandemie-Krise auf der politischen Entscheidungsebene der defekten ungarischen Demokratie einmal mehr auf taube Ohren stoßen, so berechtigt und angemessen er auch sein mag.

Weitere Beispiele <sozialpartnerschaftlichen Krisenmanagements> nennt die Vorsitzende von MTSZSZ, der Freien Gewerkschaft der Ingenieure und Techniker, in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder. Sie stellt fest, dass diese außergewöhnliche Gefahrenlage Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen gleichermaßen belaste, wobei es manche Betriebe härter als andere treffe. Darauf habe die Gewerkschaft beim Abschluss von Vereinbarungen entsprechend und angemessen reagiert. Auch solche Abkommen habe die Gewerkschaft mittragen müssen, die den Jahresurlaub der Beschäftigten belasten, die Einführung von Kurzarbeit oder Stillstand in der Produktion oder bei der Dienstleistung vorsehen. Die Gewerkschaft MTSZSZ hat einen großen Anteil ihrer Mitglieder in Unternehmen der öffentlichen Versorgung sowie des öffentlichen Verkehrs- und Gesundheitswesens organisiert, die in der derzeitigen Krisenlage an vorderster Front gefordert sind.

Als eine wichtige Änderung bezeichnet eine Untersuchung von Index, dass auch für Arbeitskräfte in der Heimarbeit und im Homeoffice, aber auch von Leiharbeitsfirmen der Anspruch auf staatliche Lohnunterstützung besteht. Deutlich bleibt die Kritik des Gewerkschaftsführers Tamás Székely am bürokratischen Antragsverfahren, bei dem der Arbeitslose eine „schreckliche Tortur“ durchstehen müsse. Zu lang seien die Wartezeiten, bis das Geld bei denen ankomme, die es benötigen. Das verursache soziale Spannungen²³.

Entwicklung der Arbeit im Homeoffice seit der Corona-Krise in Ungarn²⁴

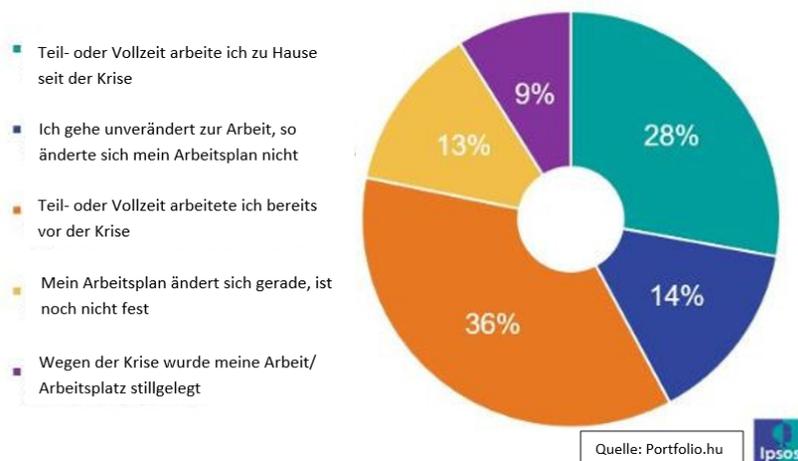
Der Anfang April veröffentlichte Bericht des international agierenden Meinungsforschungsinstituts Ipsos ist ein Beleg dafür, dass 7% der Ungarn ihre Arbeit bzw. ihren bisherigen Arbeitsplatz wegen der Corona-Pandemie verloren haben. Im Kreise der Arbeitnehmer_innen, die ihre Stelle wegen der Auswirkungen des Covid-19- Virus auf die Wirtschaft verloren haben, sind Frauen (13 %) stärker als Männer (7%) betroffen und

²³ Klubráció: Szakszervezet: A munkavállalókat kellene közvetlenül támogatni, 23.04.2020, <https://www.klubradio.hu/adasok/szakszervezet-a-munkavallalokat-kellene-tamogatni-112182>

²⁴ Portfolio: Brutális kirúgási hullám vette kezdetét Magyarországon, 07.05.2020, <https://www.portfolio.hu/gazdasag/20200507/brutalis-kirugasi-hullam-vette-kezdetet-magyarorszagon-430446>

Arbeitnehmer_innen ohne einen akademischen Abschluss und Familienmütter und -väter überrepräsentiert (10%-10%). Die Bewohner_innen der Regionen im Zentrum des Landes und Akademiker_innen können ihre Arbeit in höherem Ausmaß im Homeoffice fortsetzen (42% und 51%). Homeoffice ist charakteristisch für 42% der aktiven Arbeitnehmer_innen, aber vom Schulabschluss abhängig lassen sich auch in diesem Falle signifikante Unterschiede nachweisen: 6 von zehn Akademiker_innen nutzen die Möglichkeit des Homeoffice (58%), jedoch nur ein Viertel derjenigen, die höchstens die Grundschule mit acht Klassen absolviert haben (24%). Die Budapester_innen bilden die Gruppe, die zur Zeit am stärksten voll oder teilweise im Homeoffice arbeitet (63%).

Hat sich Ihr Arbeitsplan wegen der Krisensituation verändert?
 Auf Arbeitnehmerbasis, N=941 Personen)



Gewerkschaftliche Reaktionen auf das Krisenmanagement der ungarischen Regierung

Die ungarische Gewerkschaftsbewegung äußert sich zu den Maßnahmen der Regierung während der Pandemie-Krise sowohl auf der Konföderationsebene als auch auf der von Branchen. Manche öffentlichen Stellungnahmen werden von mehreren oder gar allen Konföderationen getragen, andere nur von einzelnen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen hier einige Beispiele kurz dargestellt werden.

Bis auf den Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ) forderten die anderen vier Konföderationen – ÉSZT, LIGA Gewerkschaften, MASZSZ und SZEZ - in einer gemeinsamen Erklärung am 21. März 2020 die ungarische Regierung auf, Alles zu unternehmen, damit nicht nur die Arbeitnehmer_innen, Rentner_innen und die in Armut lebenden Menschen die Lasten der Krise tragen müssen. Die **Gewerkschaften**, die sich eingangs erstmals ausdrücklich „als integraler Teil der ungarischen Gesellschaft“ bezeichnen, ein in dieser Situation wohl bewusst gewählter Zusatz, begrüßen zwar einerseits die Sofortmaßnahmen der Regierung zur Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie, kritisieren zugleich aber auch, dass einige von ihnen nicht angemessen seien. So zum Beispiel die Regelung, dass Arbeitgeber unbegrenzt die Arbeitszeiteinteilung verfügen könnten. Als Kritik an der eigenen Regierung darf auch das

Lob der Gewerkschaften für die „beispielhaften Maßnahmen“ anderer EU-Länder verstanden werden, und ebenso für die Hauptstadt Budapest, in der seit Herbst 2019 ein oppositioneller Oberbürgermeister an der Spitze der Verwaltung steht. **In Budapest wurde das kommunale Krisenmanagement unter Einbeziehung und nach Abstimmung mit den Interessenvertretungen der Unternehmer und den Gewerkschaften** im Rahmen des Hauptstädtischen Interessenabstimmungsrates durchgeführt. Gleichwohl bieten die vier Gewerkschaftsbünde, die überzeugt sind, dass ohne Zusammenhalt und gesellschaftliche Solidarität der Krise und ihren Folgen nicht beizukommen sein werde, ihre Unterstützung und Zusammenarbeit an.²⁵

Nachdem bereits am 13. April 2020 die Interessenvertretungen bei den öffentlichen Kultureinrichtungen gegen die Absicht protestiert hatten, mitten in der Pandemie-Krise die bisherige **rechtliche Stellung der öffentlichen Angestellten im Kulturbereich gesetzlich neu** und für die betroffenen Berufsgruppen (20 000 Personen in Bibliotheken, Archiven, Museen, Theatern, Orchestern und anderen kulturellen Einrichtungen) zum Nachteil **zu regeln**, erklärten sich am Tag darauf alle Konföderationen mit ihnen solidarisch und forderten den Parlamentspräsidenten auf, das Gesetzgebungsverfahren bis zum Ende der Pandemie-Krise auszusetzen, weil erst dann ein breiter sozialer, gesellschaftlichen Konsens herstellender Dialog möglich sei.²⁶

Am **>Digitalen 1. Mai 2020<**, erstmals ohne Aufmärsche, Kundgebungen, Bühnenprogramme und ohne Würstchen und Bier mit Kolleg_innen, wollten die Gewerkschaften dennoch nicht ruhig bleiben und hielten ihre Veranstaltungen digital und online ab. Drei von ihnen – SZEF, ÉSZT und MASZSZ - stellten gemeinsame Forderungen auf:

1. nach staatlicher Hilfe für die Menschen, die wegen der Gefahrenlage, ihre Arbeit verloren haben. Niemand soll ohne Einkommen bleiben!“
2. der Arbeitszeitrahmen an Arbeitsplätzen, wo eine Gewerkschaft präsent ist, nur über einen Kollektivvertrag modifiziert werden darf.
3. den Gesetzentwurf für eine Aufhebung der Rechtsstellung von öffentlichen Angestellten in Kultureinrichtungen zurückzuziehen.
4. in die Entscheidung über Maßnahmen zur Linderung der wirtschaftlichen Folgen der Gefahrenlage die Landesorganisationen der Arbeitgeber_innen und der Arbeitnehmer_innen einzubeziehen.
5. Die vom Staat Beschäftigten, vor allem des Gesundheitswesens, des sozialen Sektors, im Ordnungsschutz, der staatlichen und kommunalen Verwaltung und im Bildungswesen, einer verdienten Lohnentwicklung zuzuführen.

Der Jugendausschuss der LIGA Gewerkschaften greift in seinem Aufruf zum 1. Mai das Problem auf, dass **>in der gegenwärtigen Krisenperiode von einem Tag auf den anderen eine ungeheuer große Zahl junger Arbeitnehmer_innen arbeitslos geworden ist<**. In aussichtslose Lage geraten seien insbesondere junge Arbeitnehmer_innen in den am

²⁵ A munkavállalókkal is szolidáris intézkedések szükségesek, <http://www.liganet.hu/page/88/artID/10464/html/a-munkavallalokkal-is-szolidaris-intezkedesek-szuksegesek.html>, 21.03.2020

²⁶ www.portfolio.hu/gazdasag/20200414-osszefogtak-a-szakszervezetek-a-veszelyhelyzet-vegeig-halasztast-kernek-425852

meisten betroffenen Branchen des Fremdenverkehrs, der Gastronomie und der Unterhaltungsindustrie.

Erschwerend komme noch hinzu, dass leider die jungen Arbeitnehmer_innen den Auswirkungen der atypischen Beschäftigung am allermeisten ausgesetzt seien und in dem für diese Situation entwickelten Schutznetz herausfallen würden. Gerade die gut ausgebildeten jungen Arbeitnehmer_innen im Gesundheits- und Sozialwesen müssten moralische und materielle Wertschätzung erfahren, da sie mit ihrer gegenwärtigen aufopferungsvollen Arbeit auch in Zukunft in unserem Land zum Erfolg dieser beiden wichtigen Bereiche beitragen.

Der Jugendausschuss sieht auch im geringen Organisationsgrad junger Arbeitnehmer_innen einen Grund dafür, dass sie oftmals unter unwürdigen Bedingungen und ohne rechtliche Unterstützung auf die Straße gesetzt würden. Typisch sei, dass zahlreiche Arbeitgeber_innen die Arbeitnehmer_innen mit dem Versprechen entlassen würden, sie nach der Krise wieder einzustellen, jedoch ohne jegliche Garantie, dieses Versprechen auch einzuhalten.²⁷

Die Metallgewerkschaft VASAS sieht **auf die Arbeitnehmer_innen wegen der Zwangsurlaube, der auf Null gesetzten Überstundenzahlungen und verlorener Zulagen schwere Zeiten zukommen**. Sogar der Mindestlohn könnte arbeitsvertraglich zu geringerem Entgelt führen. Ohne Tarifvertrag ist die Anwendung des Arbeitszeitrahmens von 24 Monaten bereits umsetzbar nach dem so genannten Sklavengesetz von 2019.

Die europäischen Gewerkschaften präferieren im Gegensatz zur ungarischen Regierung **Kollektivverträge**. Der Vizevorsitzende von VASAS, Balazs Bábel berief sich dabei auf den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, der in einem NÉPSZAVA-Interview zum 1. Mai 2020 erklärt hatte: *„die Zahl der Tarifverträge muss vergrößert werden, weil alle Erfahrungen zeigen, dass sie das wirksamste Instrument sind, um die Interessen der Arbeitnehmer_innen zu schützen und die Löhne anheben zu können, (...) immer mehr Unternehmen beschäftigen aber Leiharbeitskräfte, doch den in diesem Format Arbeitenden steht keinerlei Schutz zu.“*²⁸ Andere Zeichen setze die ungarische Regierung- so Bábel und verweist auf das >strategische Abkommen<, das der für Außenwirtschaft zuständige ungarische Außenminister gerade mit Unternehmen getroffen hat, die sich mit Leiharbeit beschäftigen.²⁹

Schlussbemerkung

Abschließend soll auf die von außerhalb Ungarns oft zu vernehmende ratlose Frage, wie dieses Regime Orbán im eigenen Land nunmehr schon ein Jahrzehnt so erfolgreich an der Macht sich halten konnte trotz seiner abweisenden, ja geradezu feindlichen Einstellung gegenüber der EU und ihrem liberal geprägten Wertekanon, der das >Modell der liberalen Demokratie< beinhaltet. Dessen Anerkennung war auch für Ungarn Voraussetzung, um den Beitritt im Jahre 2004 vollziehen zu können.

²⁷ A LIGA Szakszervezetek Ifjúsági Bizottságának május elsejei nyilatkozata, 30.04.2020, www.liganet.hu/page/88/art/10514/akt/1/html/a-liga-szakszervezetek-ifjusagi-bizottsaganak-majus-elseje-nyilatkozata-html

²⁸ Das ganze Interview: Kósa András: https://nepszava.hu/3076621_meg-kell-vedeni-a-dolgozok-erdekeit-nemet-szakszervezeti-vezeto-orban-viktornak 02.05.2020

²⁹ https://nepszava.hu/3077137_elverik-a-port-a-dolgozokon--akar-a-minimalber-ala-is-lehet-menni-a-valsag-idejen

Viele Deutungsmodelle und Begriffe wurden mittlerweile entwickelt, um das zu beschreiben, was Orbán selbst als >illiberalen Staat< bzw. >illiberale Demokratie< propagiert, seinen Kritikern sich aber als >Abkehr von Demokratie, Rechtsstaat, Privateigentum und Zivilgesellschaft darstellt.³⁰

Bei den Kommunalwahlen im Herbst 2019 erlitt Orbán erstmals eine Schlappe in mehreren Großstädten, vor allem aber in der Hauptstadt Budapest, die er bis heute nicht verwunden hat. Zurückzuführen war diese Niederlage auch darauf, dass es der Opposition erstmals gelang, ihr Lager zu geschlossenem Wahlverhalten zu mobilisieren. Dennoch kam es zu keinem Stimmenverlust der Regierungspartei im Landesdurchschnitt. Einer der Gründe für die nach wie vor starke Unterstützung für Orbán in den nicht-urbanen Regionen Ungarns dürfte sein, dass **72 Prozent der Gesellschaft sich als Verlierer des Systemwechsels fühlen** und sich das >Defizit des Systemwechsels< als >Demokratiedefizit< zu verstetigen scheint. *„Der große Anteil der aus Untertanen der Diktatur zu Demokratieparias gewordenen Menschen ist über seine eigene Lage hinaus auch für das Land ein >Risikofaktor.“*³¹ Und in eben diesem gut gefüllten >Risikofaktor-Teich< fischt Viktor Orbán mit großem Erfolg. Und auch unter gewerkschaftlich Organisierten, ja selbst unter Aktivisten von Gewerkschaften genießt Orbán durchaus Sympathien. Leider sind noch im Zuge des Systemwandels durch das Auftreten von ausländischen Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft die >Würde< vieler Menschen verletzt und der <Respekt< ihnen gegenüber nicht eingehalten worden. Polens Populisten sprächen von „Umverteilung der Würde“ und „Umverteilung des Respekts“, sagt der britische Historiker Timothy Garton Ash, für den *„im Moment Ungarn eine Diktatur“* ist und der verwundert feststellt: *„Die Demokratie Großbritannien ist aus der EU ausgestiegen und die Diktatur Ungarn bleibt“.*³²

Gleich zehn Gründe führt der ehemalige ungarische EU- Kommissar László Andor für **Orbán**s Wahlerfolge an. Seine **vielleicht wichtigste politische Leistung** dürfte die **Einigung des in den 1990er Jahren fragmentierten Mitte- Rechts- Lagers** nach der Jahrtausendwende gewesen sein. Der Aufstieg dieses Lagers, das Orbán zum dominierenden politischen Kraftzentrum formte, wurde begleitet vom Niedergang der Mitte- Links – Koalition. Mit den Wahlen von 2010 wurde der liberale SZDSZ völlig aufgerieben und die Sozialisten der MSZP, die sich in den vorangegangenen vier Wahlen noch als stärkste Partei durchsetzen konnten, stark beschädigt. Die MSZP verlor einen beachtlichen Teil ihrer Klientel sowohl an die nationalpopulistische Fidesz als auch an die rechtsextreme Jobbik. Orbán's Partei Fidesz gelang es zudem die kulturelle Hegemonie zu übernehmen und den wirtschaftlichen Nationalismus zum Kernthema zu machen, der auf die Zurückdrängung ausländischer Beteiligungen in den verschiedenen Sektoren ausgerichtet ist. Dieses Kernthema ist offenbar der Klientel Orbán's wichtiger als die Einhaltung demokratischer Standards. Aber auch der sofort nach dem Wahltriumph von 2010 eingeleitete **Umbau des politischen Systems** sowie

³⁰ János Kornai: 180- Grad- Wende in Ungarn, in: Europäische Rundschau, 2015/2, S. 31ff. Der international renommierte ungarische Ökonomeprofessor spricht von einer <systematischen Demontage beträchtlichen Ausmaßes der fundamentalen Institutionen der Demokratie> seit 2010 bis heute, S.32

³¹ Gyarmati György: A nosztalgia esete a Kádár- korszakkal. In: Metszetek 2(2013), zitiert nach: Tibor Valuch: die ungarische Gesellschaft im Wandel- Soziale Veränderungen in Ungarn 1989- 2019), 2020 Regensburg, S.14 f., Fußnote 11

³² Timothy Garton Ash: „Es ist die Stunde der Frauen in Führung“, in: FRANKFURTER RUNDSCHAU, Montag, 27. April 2020/76. Jahrgang/Nr. 98, S.16 -17

die Kontrolle über die Medien und die Instrumentalisierung der Fluchtbewegungen festigten die Macht in den danach folgenden Wahlen.³³

Nach der Krise, die Gesellschaft neu zu denken, dieser Ruf nach neuen positiven gesellschaftspolitischen Entwicklungen wird lauter, je länger die Krise andauert und stellt auch eine Herausforderung für die Gewerkschaften dar, auf die sie ihre angemessenen Antworten werden finden müssen *„Die Renaissance des Primats der Politik ist unübersehbar...mit welcher Legitimation staatlichem Handeln gegenüber der Ideologie „mehr Markt“ Vorrang einzuräumen ist, das lehrt auch die jüngste Krise.“*³⁴ Doch es geht nicht um einen starken, restriktiven, nicht zum Dialog und zur Kooperation mit der Zivilgesellschaft wenig bereiten Staat, sondern *„zu dieser Renaissance der Politik gehört auch die Bedeutung eines leistungsfähigen Sozialstaates. Ohne Absicherungen wie durch das Kurzarbeitergeld oder umfangreiche Hilfen etwa für Selbstständige würde die Krise schon heute für viele der Weg in die Armut bedeuten.“* In der Corona- Krise hat sich in Europa und auch in Ungarn gezeigt, dass die Zivilgesellschaft bereit ist, immer dann selbst >drastische Eingriffe in die Freiheitsrechte zu akzeptieren<, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind: >begründbare und kritisch überprüfbare Eingriffe<, >konkret erfahrbare unmittelbarer Gesundheitsschutz< und >temporär vorgenommene Maßnahmen<.³⁵

Auch die **Profiteure der Pandemie** – nicht zuletzt der Versandhandel Amazon – haben sich in Position gebracht. Als das >neue Rote Kreuz< (Financial Times) geriere sich Amazon neuerdings, *„als Notversorger, der einer ganzen Bevölkerung in der Quarantäne Grundnahrungsmittel und anderes Lebenswichtiges bereitstellt“*, will heißen als >systemrelevantes Unternehmen<, ohne reguliert zu werden. Wegen der steigenden Nachfrage möchte das Unternehmen weitere 175 000 Arbeitskräfte neu einstellen. Sicherlich nicht zu besseren Konditionen als sie den vorhandenen rund 800 000 zugestanden werden: >größtenteils befristet angestellt, streng überwacht, ohne Tarifvertrag, ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung<. Und: *„Wer streikt und sich wehrt, fliegt.“*³⁶

Unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen befinden sich die **ungarischen Gewerkschaften gerade in der Pandemie-Krise in einer keineswegs beneidenswerten Lage**. Ihr Auftreten wirkt wenig selbstbewusst, eher reaktiv als proaktiv. Von den ausländischen Investoren werden sie von punktuellen Ausnahmen einmal abgesehen daher auch als insgesamt schwach eingeschätzt, wie die oben zitierte FAZ-Quelle belegt. Der paternalistische Politikstil der nationalpopulistischen Regierung akzeptiert die Gewerkschaften nicht wirklich als Partner im Krisenmanagement. Der Ruf jetzt nach mehr Mitbestimmung und stärkerem Ausbau der Tarifverträge ist zwar verständlich und richtig, aber wird als seit dem Systemwechsel mitgeschlepptes >ewiges Problem< während der Pandemie- Krisenlage wohl kaum auf ein positives Echo stoßen.

Nach Abschluss dieser Analyse kündigte Viktor Orbán an, die Sondervollmachten der Regierung nach dem so genannten Ermächtigungsgesetz wieder außer Kraft zu setzen.

³³ <https://kontrast.at/warum-ist-orbaqn-so-stark/>

³⁴ > ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK <: Solidaritätspakt zur Krisenbewältigung- SONDERMEMORANDUM zur Corona- Krise als Ergänzung zum Memorandum 2020, 20. April 2020, S.11 (Im Weiteren: SONDERMEMORANDUM 2020) <https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656344>

³⁵ SONDERMEMORANDUM 2020, S.11 f.

³⁶ Pepe Egger: Außer Kontrolle, in: der Freitag/Nr.18/ 30. April 2020, Wirtschaft, S.6

Doch Opposition und Menschenrechtsorganisationen, wie Amnesty International oder das Budapester Helsinki Komitee, werten diese Ankündigung als Täuschungsmanöver. In Wirklichkeit halte die Regierung an vielen Sonderrechten ihrer 130 erlassenen Dekrete weiter fest. So könne sie beispielsweise jederzeit über die Verordnung des „medizinischen Notstands“ solche fundamentalen Grundrechte, wie Versammlungsfreiheit und Bewegungsfreiheit der Bürger_innen stark einschränken.

Eine Kurzfassung des Beitrags ist im Mai 2020 bei der FES erschienen - wir danken den Auroren!